

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2018

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
EU-Kommission: Erklärung „Schluss mit Gewalt gegen Frauen“	1
EU-Kommission: Merkblatt zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung	1
EU-Kommission: Länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht	1
EU-Kommission und Europäischer Rat: Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts	1
EU-Kommission: Ausschuss für Sozialschutz veröffentlicht Jahresbericht für 2018	2
EU-Kommission veröffentlicht neue Richtlinien für Erasmus+	2
EU-Parlament verabschiedet Entschließung zu Pflegetätigkeiten	2
Europäischer Rat: Verabschiedung der EU-Jugendstrategie.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Frankreich: Recht auf gewaltfreie Erziehung beschlossen	3
Ungarn: Landesweite Befragung zu Familienpolitik.....	3
Schweiz: Mutterschaftsentschädigung für Mütter von kranken Neugeborenen	3
Schweiz: Ende des Nationalen Programms gegen Armut.....	3
Österreich: Änderungen bei Sozialleistungen	4
Weitere Nachrichten	4
Runder Tisch zu Kinderarmut.....	4
Erstes EU Jugendparlament findet in Brüssel statt	4
Leitfaden über Studiengebühren und -förderung in Europa	4
Berichte und Studien.....	5
FRA: Bericht zur Situation Schwarzer Menschen in Europa.....	5
Zwischenbericht der UNICEF-Umfrage „Europa für Kinder“	5
Population Europe: Bericht zur Nutzung von Social Media und psychischer Gesundheit unter Jugendlichen	5
EU-Kommission: Studie zu Ungleichheiten im Zugang zu Gesundheitsversorgung	6
FRA: Bericht über die Integration von Roma in Europa	6
Gemeinsamer Bericht von OECD und EU-Kommission zur psychischen Gesundheit in Europa.....	6
OECD-Bericht zur sozialen Absicherung atypisch Beschäftigter	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Erklärung „Schluss mit Gewalt gegen Frauen“

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November veröffentlichte die EU-Kommission eine Erklärung, in der gesellschaftliche Verbreitung von Gewalt gegen Frauen angemahnt und eine gemeinsame europäische Bekämpfung des Problems gefordert wird. Sie verweist darin auf die Problembereiche häuslicher Gewalt, sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz sowie auf die fortbestehenden Praktiken von Zwangsverheiratung und weiblicher Genitalverstümmelung. Betont wird ebenfalls der hohe Stellenwert des Themas in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. In dem Papier weist die Kommission auf ihre 2017 gemeinsam mit der OECD, UN Women und dem Europarat beschlossenen Strategie sowie auf den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention hin.

EU-Kommission: Merkblatt zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung

Die europäische Kommission hat ein Merkblatt herausgegeben, das PatientInnen bei der Inanspruchnahme grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung unterstützen soll. Nach der Patientenrechte-Richtlinie der EU haben alle EU-BürgerInnen das Recht, in anderen Mitgliedstaaten sowie Liechtenstein, Norwegen und Island Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen. Die Kosten für solche Behandlungen werden in dem Rahmen erstattet, wie sie von der Krankenkasse auch bei einer Behandlung im Heimatland übernommen worden wären. Da sich in der Praxis häufig Probleme für PatientInnen ergeben, informiert nun das Merkblatt über das Recht auf Behandlung im EU-Ausland und gegebenenfalls erforderliche Genehmigungen und Unterlagen.

- [Das Merkblatt zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung](#)  

EU-Kommission: Länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht

Am 21.11 hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten, die sogenannten Länderspezifischen Empfehlungen, für das Europäische Semester 2019 vorgestellt. Sie beziehen sich auf gesamtwirtschaftliche Prognosen und Haushaltsplanungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Betont wurde dabei zunächst die günstige wirtschaftliche Entwicklung der EU und die gesunkenen öffentlichen Schulden. Diesbezüglich werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, den Abbau der Schulden weiter voranzubringen, um künftigen Krisen besser begegnen zu können. Für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik wurde insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit thematisiert und zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Geringqualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund aufgerufen. Weitere Empfehlungen betreffen die ausgeglichene Verteilung der Steuerlast zwischen Kapital und Arbeit sowie verstärkte Investitionen in Bildung. Für Deutschland wird weiterhin der Leistungsbilanzüberschuss als problematisch eingestuft. Zwar werde sich dieser laut Prognosen durch die steigende Binnennachfrage verringern, bliebe allerdings auch mit dieser Entwicklung auf einem hohen Niveau.

EU-Kommission und Europäischer Rat: Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts

Zum Europäischen Semester 2019 haben EU-Kommission und Europäischer Rat den Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts vorgelegt. Darin werden die Beschäftigungssituation und die soziale Lage in Europa analysiert. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen halte demnach an und die Armutsbetroffenheit von EU-BürgerInnen sei im Schnitt deutlich gesunken. Die Reallohnentwicklung bliebe jedoch hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung habe insgesamt nicht

alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht: Junge Menschen, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund wiesen noch in allen Mitgliedstaaten geringere Beschäftigungsquoten auf als der Durchschnitt. Zudem zeige sich trotz gestiegener Erwerbsbeteiligung von Frauen keine Verringerung des Gender-Pay-Gaps. Schließlich folgert der Bericht, dass Armut und Soziale Ungleichheit weiterhin drängende Probleme seien.

- [Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts](#)  

EU-Kommission: Ausschuss für Sozialschutz veröffentlicht Jahresbericht für 2018

Der Bericht basiert auf Daten der Mitgliedstaaten zu Armut und sozialer Exklusion und legt für 2018 ein besonderes Augenmerk auf gesundheitliche Themen. Betont wird die positive wirtschaftliche Entwicklung in der EU, insbesondere den Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Obwohl sich dementsprechend auch materielle Deprivation und soziale Schließung verminderten, sei der Effekt der ökonomischen Stabilisierung auf das Problem sozialer Ungleichheit noch gering: Die soziale Mobilität habe sich noch verringert, und die Armutsbetroffenheit von ArbeitnehmerInnen zugenommen. Auch das Armutsrisiko von Arbeitslosen steige weiter an. Damit sei die EU noch weit davon entfernt, die Ziele zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung für das Jahr 2020 zu erreichen.

- [Der Jahresbericht zum Download](#) 

EU-Kommission veröffentlicht neue Richtlinien für Erasmus+

Am 14.11. wurden für das sechste Jahr des Programms „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“ die Richtlinien der EU-Kommission für die Programmumsetzung veröffentlicht. Neuerungen ergaben sich vor allem in Bezug auf die teilnehmenden Länder: So ist Serbien erstmalig in das Programm aufgenommen. Aufgrund des ungewissen Ausgangs der Regelungen nach dem Brexit ist die weitere Teilnahme von Großbritannien am Programm noch unentschieden. Die britische Regierung hat angekündigt, im Fall des Ausstiegs aus dem Programm bereits gestartete Projekte bis zu ihrem geplanten Ende zu fördern. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung und Bewerbungsmodalitäten der einzelnen Programmbereiche haben nur wenige Änderungen erfahren, die im aktuellen Programmleitfaden nachgelesen werden können.

- [Aktueller Programmleitfaden Erasmus+](#) 

EU-Parlament verabschiedet Entschließung zu Pflegetätigkeiten

Das EU-Parlament hat am 15. November eine Entschließung zur Gleichstellung der Geschlechter im Hinblick auf Pflegetätigkeiten verabschiedet. Darin wird zunächst dargestellt, inwiefern häusliche Pflegetätigkeiten wie Kinderbetreuung, Pflege älterer Menschen und Menschen mit Beeinträchtigung die Erwerbsbeteiligung von Frauen beschränken und welche materiellen Nachteile Frauen dadurch haben. Es wird zudem darauf verwiesen, dass sich diese Situation und der Gender Pay Gap sich gegenseitig bedingen. Neben dem Verweis auf die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels wird konkret die Europäische Kommission aufgerufen, auf Grundlage des Berichts Leitlinien für die Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Diese sollen die Verfügbarkeit verschiedener Modelle der Organisation von Pflege sichern, aus denen die BürgerInnen nach ihren jeweiligen Bedürfnislagen wählen können. Es wird zudem betont, dass sich für eine hochwertige Pflege auch die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich verbessern müssten.

Europäischer Rat: Verabschiedung der EU-Jugendstrategie

Am 26.11. wurde die EU-Jugendstrategie von den EU-Staaten angenommen. Sie wird von 2019 bis 2027 gültig sein und regelt künftig die Kooperationen der Mitgliedstaaten für eine europäische Jugendpolitik. Sie gliedert sich in die drei zentralen Bereiche 1. erhöhter Beteiligung junger BürgerInnen, 2. verbesserter Beziehungen der europäischen Staaten und 3. einer Stärkung der Jugendarbeit in ganz Europa. In die Strategie sind die von JugendvertreterInnen und MinisteriumsvertreterInnen aus den EU-Staaten erarbeiteten Youth Goals eingeflossen, um die von Jugendlichen selbst artikulierten Bedürfnisse für die Jugendarbeit einzubeziehen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Recht auf gewaltfreie Erziehung beschlossen

Als eines der letzten EU-Länder schreibt Frankreich mit einem entsprechenden Beschluss der Nationalversammlung das Recht auf gewaltfreie Erziehung für Kinder fest. Bisher ist zwar Gewalt gegen Kinder verboten; gleichzeitig erlaubt das sogenannte elterliche „Recht auf Korrektur“ in Frankreich gesellschaftliche akzeptierte Gewaltformen wie eine Ohrfeige. Das neue Gesetz sieht keine Strafen für Eltern vor, . vielmehr soll es einen Impuls zum gesellschaftlichen Umdenken darstellen. Ergebnisse verschiedener Erhebungen der letzten Jahre ergaben, dass rund 70 Prozent der französischen Bevölkerung gegen ein striktes Verbot von körperlicher Gewalt als Erziehungsform waren. Der Europarat hatte bereits im Jahr 2015 angemahnt, jegliche Gewalt in der Erziehung per Gesetz zu verbieten.

Ungarn: Landesweite Befragung zu Familienpolitik

Die ungarische Regierung hat eine Befragung von Haushalten mit dem Titel „Familienverteidigung“ gestartet. Im einführenden Text zur Befragung wird dargelegt, Ungarn wolle dem demographischen Wandel mit „internen Ressourcen“ begegnen, indem ungarische Familien statt Migration gefördert werden sollen. Bereits im vergangenen Jahr hatte Ungarn eine ähnliche Umfrage durchgeführt und war von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für den tendenziösen Fragebogen kritisiert worden.

Schweiz: Mutterschaftsentschädigung für Mütter von kranken Neugeborenen

Der Schweizer Bundesrat hat am 30. November die Änderung der Mutterschaftsentschädigung verabschiedet, mit der künftig Mütter kranker Neugeborener auch für die Zeit des Krankenhausaufenthaltes Erwerbsersatz erhalten. In der alten Regelung hatte der Aufenthalt im Krankenhaus lediglich eine aufschiebende Wirkung. Der Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung verlängert sich damit um bis zu 56 Tage auf maximal 154 Tage.

Schweiz: Ende des Nationalen Programms gegen Armut

Das Nationale Programm gegen Armut in der Schweiz endet zum Jahresende. Im Rahmen des Programms wurden 2014 bis 2018 neue Grundlagen für die Armutsprävention erarbeitet und Projekte umgesetzt. Schwerpunkte bildeten die Förderung von Bildungschancen im Lebensverlauf, von sozialer und beruflicher Integration, Armutsmessung und allgemeinen Lebensbedingungen. Mit diesem Ansatz seien die Probleme der Schweiz mit Armut gut erfasst und Ansätze zu ihrer Bekämpfung erarbeitet worden. Die Programmpartner aus Bund, Kantonen, Städten, Gemeinden und Zivilgesellschaft ziehen daher eine positive

Bilanz. Sie erklären, die Zusammenarbeit aus dem Programm weiterzuführen und erhalten dafür bis zum Jahr 2024 Unterstützung vom Bund.

Österreich: Änderungen bei Sozialleistungen

Die österreichische Regierung hat einen Gesetzesentwurf zu Veränderungen in den Sozialleistungen beschlossen, die vor allem Folgen für Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund haben. So sollen Menschen mit mangelnden Sprachkenntnissen künftig nicht mehr die volle Höhe der Sozialhilfe erhalten. Weniger Geld wird es vor allem auch für Familien mit mehreren Kindern geben, während Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftige oder Alleinerziehende tendenziell mehr erhalten sollen. Zweifel an der Rechtmäßigkeit werden jedoch von Rechtsexperten, da nach EU-Recht Asylberechtigten genauso viel Sozialhilfe zu stünde wie Staatsangehörigen. Der Gesetzesentwurf geht nun in das parlamentarische Verfahren und soll im März beschlossen werden.

Weitere Nachrichten

Runder Tisch zu Kinderarmut

Am 6. November fand ein Runder Tisch zu Kinderarmut und sozialer Exklusion von Kindern in der EU statt, die der „European Alliance for Investing in Children“ und der Abgeordneten Maria Joao Rodrigues initiiert worden war. Entwickelt wurde eine Erklärung mit Empfehlungen für den Europäischen Sozialfonds (ESF+). Diese beinhaltet die Forderung von verstärkter Bereitstellung finanzieller Mittel zur Armutsbekämpfung. Zudem sollte ein Leben ohne Armut als Grundrecht begriffen und in die gesamte Europäische Säule sozialer Rechte implementiert werden. Entsprechend sollten Maßnahmen konzipiert werden, welche die Bekämpfung von Kinderarmut in umfassendere Programme zur sozialen Teilhabe eingliedert. Zur Verteilung der Mittel wurde vorgeschlagen, 30% der ESF+-Investitionen benachteiligten Gruppen und MigrantInnen zukommen zu lassen. An dem Runden Tisch nahm auch die COFACE – Families Europe teil.

Erstes EU Jugendparlament findet in Brüssel statt

Im Europäischen Parlament fand am 19.11. erstmalig das EU Jugendparlament statt. Als Anschlussveranstaltung zum Europäischen Jugendevent sollte hier der direkte Austausch von europäischen Jugendlichen mit dem Parlament ermöglicht werden. An der Diskussion mit den Abgeordneten zur Zukunft Europas nahmen 800 junge Menschen aus den Mitgliedstaaten teil. Debattiert wurden Problemfelder wie z.B. die geringe Wahlbeteiligung unter jungen Menschen in Europa und die Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Regionen. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden in einer Abstimmung festgehalten, die EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani im Dezember auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs als Impulse weitergeben wird.

Leitfaden über Studiengebühren und -förderung in Europa

Das Europäische Bildungsnetwork Euridyce veröffentlichte am 16. November einen neuen Leitfaden zum Studieren in Europa. Neben Informationen zu Studiengebühren und Lebenshaltungskosten können dort Möglichkeiten für Förderung und deren entsprechenden Anspruchsvoraussetzungen nachgelesen werden. Mindestens eine Form der staatlichen Unterstützung gibt es in allen EU-Staaten; als Darlehen, Stipendium

oder durch direkte staatliche Förderung. Meistens richten sich diese vorrangig Programme an sozio-ökonomisch benachteiligte Studierende.

Berichte und Studien

FRA: Bericht zur Situation Schwarzer Menschen in Europa

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) veröffentlicht eine Studie zu Rassismus gegen Schwarze Menschen in Europa, ihrer sozialen Exklusion und der Verbreitung von Vorurteilen gegen diese Bevölkerungsgruppe. Der Bericht stellt Teile der Ergebnisse der zweiten groß angelegten europaweiten Untersuchung zu MigrantInnen und Minderheiten (EU-MIDIS II) zur Lebenssituation von knapp 6.000 Menschen mit afrikanischer Abstammung in 12 Mitgliedstaaten der EU vor. Sehr weit verbreitet seien laut der Untersuchungen Erfahrungen mit Beleidigung und Belästigung im öffentlichen Raum. Die Erfahrung körperlicher rassistischer Gewalt sei in den verschiedenen Staaten unterschiedlich, würde jedoch bis zu 14% der Befragten betreffen. Auch diskriminierende Behandlung durch die Polizei in Form von Racial Profiling sei ein verbreitetes Problem. Die gesellschaftliche Teilhabe Schwarzer Menschen würde durch komplexe Diskriminierungsmechanismen z.B. bei der Jobsuche und auf dem Wohnungsmarkt erschwert.

- [Being Black in the EU](#)  

Zwischenbericht der UNICEF-Umfrage „Europa für Kinder“

Zur Umfrage „Europa für Kinder“ der UNICEF liegt ein erster Zwischenbericht mit Ergebnissen von bisher knapp 14.000 befragten Kindern und Jugendlichen aus Europa vor. Demnach machten sich 53% der teilnehmenden Kinder Sorgen, in Zukunft keinen Job zu finden. 58% der Befragten geben Angst vor zukünftigen Kriegen und Terror an, 41% sorgen sich um den Klimawandel. Das Thema Migration halten 9,1% der Teilnehmenden für Anlass zur Sorge. Für ihre Alltagswelt geben die Kinder und Jugendlichen zu 60% den Wunsch auf Gleichberechtigung an der Schule und zu 43% ein Ende von Mobbing als gewünschte Entwicklung an. Zudem finden sich im Zwischenbericht weitere Themen, wie z. B. die Einstellungen der TeilnehmerInnen zum Internet, zur EU und zu ihrer eigenen gesellschaftlichen Beteiligung.

- [Zwischenbericht der Umfrage](#)  

Population Europe: Bericht zur Nutzung von Social Media und psychischer Gesundheit unter Jugendlichen

Population Europe veröffentlichte einen Policy Brief zum Zusammenhang von Social Media Nutzung und der psychischen Gesundheit von Jugendlichen. Ausgehend von der Feststellung, dass eine wachsende Zahl Jugendlicher mit psychischen Problemen zu kämpfen hat, werden die Folgen von Social Media-Nutzung für die Psyche von Jugendlichen untersucht. Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die Nutzung sozialer Medien zu einer stärkeren Verbreitung von Depressionen, Ängsten und allgemeinem Unwohlsein unter Jugendlichen führe. Eine Empfehlung lautet daher, dass Aufklärung über psychische Erkrankungen und gesundes Nutzungsverhalten in Schulen geleistet werden sollte. Außerdem müssten Jugendliche verstärkt über Hilfsangebote informiert werden.

- [Bericht "The Mental Toll of Being Connected"](#) 

EU-Kommission: Studie zu Ungleichheiten im Zugang zu Gesundheitsversorgung

Die Studie „Inequalities in access to healthcare – A study of national policies“ vergleicht die Zugänge zum jeweiligen Gesundheitssystem in 35 europäischen Staaten. Insgesamt kommt die Studie zu dem Schluss, dass sowohl innerhalb als auch zwischen den verschiedenen Ländern noch große Unterschiede bestehen. Diese zeigten sich z.B. in der Höhe der öffentlichen Mittel im Gesundheitssystem und dem Anteil der Bevölkerung, der krankenversichert sei. Während in den meisten Staaten nahezu die gesamte Bevölkerung einen Basis-Versicherungsschutz habe, seien verbreitete Regelungen zur Selbstbeteiligung Versicherter für die umfassende Versorgung aller BürgerInnen in den meisten EU-Ländern ein Problem. Der geringere Zugang benachteiligter Gruppen sei in den Staaten gleichermaßen weit verbreitet. Betroffen seien vor allem MigrantInnen, insbesondere Geflüchtete und nicht dokumentierte EinwanderInnen. Neben dem detaillierten Ländervergleich sind auch Berichte zu den einzelnen Staaten verfügbar.

- [Studie "Inequalities in access to healthcare"](#) 

FRA: Bericht über die Integration von Roma in Europa

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) veröffentlichte am 11. November den Bericht „Zusammenarbeit mit Roma: Teilhabe und Stärkung lokaler Gemeinschaften“. Er basiert auf Erfahrungen aus Projekten zur Beteiligung von Roma an lokalen Aktivitäten zur Integration. Die Maßnahmen wurden an 21 Orten in elf Mitgliedstaaten durchgeführt und richteten sich auf die Bereiche lokale Wohnungsmärkte, Bildung und Beschäftigung. Der Bericht identifiziert vier zentrale Faktoren für erfolgreiche lokale Beteiligung und Teilhabe: Eine durchgängige Einbindung der Beteiligten vom Projektstart bis zu Ende, der Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen, gute Verständigung und Kommunikationsprozesse sowie die Berücksichtigung lokaler Beziehungsstrukturen in der Gemeinschaft.

- [Working with Roma: Participation and empowerment of local communities](#)  

Gemeinsamer Bericht von OECD und EU-Kommission zur psychischen Gesundheit in Europa

Laut dem Bericht „Health at glance: Europa 2018“ sind mehr als ein Sechstel der EU-BürgerInnen von psychischen Problemen wie Depressionen, Angststörungen und Alkohol- und Drogenmissbrauch betroffen. Diese Krankheitsbilder beeinträchtigen einerseits das Wohlbefinden der Betroffenen und kosten zudem jährlich europaweit ca. 600 Milliarden Euro. Diese Kosten entstünden vor allem durch die geringeren Beschäftigungsquoten der erkrankten Personen, höhere Ausgaben für soziale Sicherung und die direkten Gesundheitsleistungen.

- [OECD/Kommissionsbericht "Health at glance"](#)  

OECD-Bericht zur sozialen Absicherung atypisch Beschäftigter

Der Bericht „The Future of Social Protection“ untersucht die Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme für atypisch Beschäftigte. Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die zunehmende Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen im Zuge der Digitalisierung und der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Im Bericht wird geprüft, inwiefern sich die Systeme sozialer Sicherung, die für das Modell abhängig Beschäftigter in Vollzeit konzipiert wurden, für diese neuen Gruppen von Beschäftigten eignen. Mit Fallstudien zu verschiedenen Lösungen in OECD-Staaten kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass für alle Beschäftigungsformen ein ähnliches Niveau von Sozialabgaben erreicht werden müsste. Dieses müsse durch

verpflichtende Regelungen gesichert werden, da auf Freiwilligkeit beruhende Modelle zu wenig genutzt würden.

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
3.-4. Dez. 2018 Brüssel, Belgien	European Day of Persons with Disabilities 2018	EU-Kommission/European Disability Forum
4. Dez. 2018 Brüssel, Belgien	Ending Violence Against Women - Taking Stock and Next Steps	EU-Kommission
4. Dez. 2018 Brüssel, Belgien	QoC Talk "Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament"	Alliance for Childhood
12. Dez. 2018 Köln, Deutschland	European Play Day	YES Forum/BAG KJS
15. Jan. 2019 Brüssel, Belgien	Tackling Inequalities in Early Years: Ensuring Harmonised Early Childhood Education and Care Systems	Public Policy Exchange
16. Jan. 2019 Brüssel, Belgien	Health and Care in a Digitising World: Integrating eHealth into Public Healthcare Systems	Public Policy Exchange
12.-22. Feb. 2019 Malta	Lost in Migration III Conference Global strategies and political commitments for all children in migration.	Missing Children Europe

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

